

Leitl fordert Umsetzung von Rechnungshofberichten und Verwaltungsreform

Utl.: IHS-Studie über Rechnungshofprüfungen ergibt Effizienzpotential bei öffentlichen Ausgaben von über 500 Millionen Euro - **Felderer**: "Erhebliches Einsparpotential" =

Wien (OTS/PWK169) - Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl und Bernhard **Felderer**, Direktor des **Institutes für Höhere Studien (IHS)**, präsentierten heute, Donnerstag, die IHS-Studie "Effizienzpotentiale in der Verwendung öffentlicher Mittel". Hierbei wurden insgesamt 561 Rechnungshofberichte zu Bund und Ländern aus dem Zeitraum 2000 und 2009 ausgewertet. Fazit: Allein beim Bund konnten 179 Fehlentwicklungen festgestellt werden. Ein durchschnittliches jährliches Einsparungspotential von circa 500 bis 650 Millionen Euro kann aufkommensneutral zugunsten des Steuerzahlers realisiert werden.

Leitl: "Österreich zahlt aktuell rund 2,5 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für den Zinsendienst der Staatsschulden. Laut einer anstehenden Entscheidung des europäischen Statistikamtes Eurostat könnten in absehbarer Zeit die ÖBB- und Spitalsschulden den Staatsschulden angerechnet werden, das würde die Staatsschuldenquote auf 80 Prozent des BIP anschwellen lassen. Die Europäische Zentralbank plant außerdem die Erhöhung des Leitzinses, was weitere Milliarden an Belastungen verursacht. Wollen wir diese durch höhere oder neue Steuern an Unternehmen und Bürger weitergeben oder durch notwendige Reformen und Erneuerungen Reserven aus überkommenen Strukturen heben? Wir müssen erneuern statt besteuern."

Felderer: "Fest steht: Es gibt ein erhebliches Einsparungspotenzial im öffentlichen Sektor. Der Rechnungshof prüft mit seinen 300 Mitarbeitern nur stichprobenartig einen kleinen Teil der öffentlichen Verwaltung. Und in vielen Fällen gebe er aus Seriositätsgründen auch keine detaillierte Bewertung des Einsparungspotentials an, welches sich durch die Beseitigung von Unwirtschaftlichkeiten, Überzahlungen, Ineffizienzen und Kostenüberschreitungen oder Einnahmeausfällen realisieren lasse. Das reale Sparpotential ist also viel höher als die durchschnittlich rund 500 Millionen Euro, die der Rechnungshof Jahr für Jahr findet. Viele der wertvollen Rechnungshofberichte verschwinden aber einfach in der Schublade. Dabei sind Planungsfehler, fehlerhafte Annahmen, beispielsweise bei Bauprojekten, und mangelnde Strategien in vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung nachweisbar." Als ein Beispiel nannte **Felderer** ein jährliches Einsparungspotential von 125 Millionen Euro bei den Kärntner Spitälern, das vom Rechnungshof "sehr vorsichtig" bemessen sei. Oder in der Bundespolizei Wien werden gut ausgebildete Beamte für das Ausfüllen von Formularen herangezogen, was auch 8,7 Mio. Euro jährlich koste (Quelle: RH-Bericht 2005/6). Der **IHS**-Chef gab auch Empfehlungen an die Politik ab: "Bei einer Verwaltungsreform müssen alle Aufgaben der öffentlichen Verwaltung hinterfragt werden. Weiters muss eine Reform der Verwaltungsstrukturen und ein konsequenter Wandel zur Output-Steuerung beschritten werden." Die Hauptfehler bei der Verschwendung öffentlicher Mittel seien laut **IHS**-Studie unzureichende Organisation/mangelhafte Strategien im Bund und zusätzlich Nicht-Reformen in den Bundesländern.

Der **IHS**-Bericht zeige nur die Spitze des Eisberges, betonte auch der Wirtschaftskammerpräsident und warnte vor weiteren Schubladisierungen der Rechnungshofempfehlungen: "Derzeit werden mit einer unerträglichen Lässigkeit diese Vorschläge schubladiert. Deshalb braucht es einen gesetzlichen Auftrag, die RH-Berichte umzusetzen oder zumindest über die Umsetzung der RH-Empfehlungen zu berichten." Darüber hinaus schlägt Leitl vor, den Rechnungshof bereits im Vorfeld in Projekte einzubinden. Leitl und **Felderer** sind sich allerdings einig, dass der Rechnungshof derzeit für diese Ausgabe weder gesetzlich legitimiert noch mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet ist. Für neue Aufgaben des Rechnungshofes oder die Vorlage von Umsetzungsberichten müssten die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Leitl erwähnte auch, dass die Wirtschaftskammer Österreich bereits zweimal - 1998 und 2003 - vom Rechnungshof geprüft wurde und dessen Empfehlungen umgesetzt hat.

Bei einer Verwaltungsreform legt Leitl vor allem ein Augenmerk auf eine stärkere Zusammenarbeit der Gemeinden: "Durch eine stärkere Zusammenarbeit der Gemeinde können in ganz Österreich 500 Millionen Euro eingespart werden. Würde man dem Schweizer Vorbild folgen, so wären es sogar umgerechnet 1,5 Milliarden Euro." Eine Zusammenarbeit könnte zum Beispiel auf Basis einer Gesetzesänderung bei Raumplanung, Gemeindeverwaltung, Bauhöfen oder Bädern erfolgen. (AC)

Rückfragehinweis:

Wirtschaftskammer Österreich, Stabsabteilung Presse
Mag. Rupert Haberson
Tel.: T:(+43) 0590 900-4362, F:(+43) 0590 900-263
<mailto:presse@wko.at>
<http://wko.at/Presse>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/240/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0214 2011-03-10/14:33

101433 Mär 11

© Copyright APA OTS GmbH und der jeweilige Aussender.

Die Inhalte dienen ausschließlich zur redaktionellen Verwendung und zur individuellen Information des Nutzers. Eine unveränderte Verwendung der Texte, Bilder, Grafiken, Audios und Videos auf einer nicht durch APA OTS autorisierten Homepage ist ebenso wie eine Speicherung in Datenbanken oder eine sonstige Weitergabe an Dritte nicht gestattet. Ebenso sind Direktlinks auf Meldungsaufrufe untersagt. Für den Fall, dass Sie die Inhalte weitergeben, speichern oder gewerblich nutzen möchten, wenden Sie sich bitte an: Tel. ++43-1/36060-5300 oder an info@ots.at